

Christian Schmidt erneut Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung



Der ASP-Landesvorsitzende Christian Schmidt ist erneut als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung in die Bundesregierung berufen worden. Schmidt, der das Amt bereits seit 2005 inne hat,

freute sich sehr über seine Berufung. „Ich werde mich auch künftig mit aller Kraft den nationalen und internationalen Herausforderungen, die mit meinem Amt als Parlamentarischer Staatssekretär einhergehen, stellen“, betonte Schmidt. Ganz besonders freue er sich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit dem neuen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Schmidt als Älterer hatte seit mehreren Jahren mit Guttenberg zusammengearbeitet, gemeinsame Thesenpapiere und Artikel verfasst. Als Landesvorsitzender des ASP-Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik hatte Schmidt Guttenberg als Außenpolitiker zur Mitarbeit gewonnen. „Ich finde es gut, dass wir nun gemeinsam ein besonderes Augenmerk auf Bayern legen können“, so der Staatssekretär. Als wichtigste Aufgaben sieht Schmidt die Entwicklung einer Perspektive für den Afghanistaneseinsatz der Bundeswehr sowie die Neuordnung der Wehrpflicht.

Dorothee Bär mit Super-Ergebnis wieder in den Bundestag gewählt

Mit dem elftbesten Ergebnis bundesweit (!) ist die stellv. ASP-Landesvorsitzende in den neuen Bundestag eingezogen. Bär, ASP-Mitglied im KV Rhön-Grabfeld und assoziiertes Mitglied im BV Ufrk. will, wann immer möglich, das Gespräch mit den Bürgern suchen, denn gute Politik solle transparent sein. Dazu gehört für sie, dass sie sich informiert über das, was Thema im Wahlkreis ist. Außenpolitik und die neuen Medien sind ihre parlamentarischen Arbeitsschwerpunkte. Sie ist auch Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Außenpolitischen Ausschuss. Der ASP-Kurier gratuliert und wünscht der engagierten Abgeordneten viel Erfolg.



Einmal laut gedacht ...

KSK in Fesseln

International gesehen gilt Deutschland als angesehenere, einflussreiche Mittelmacht, einige sehen uns sogar als wieder auferstandene Großmacht, allerdings vorläufig ausschließlich im wirtschaftlichen Bereich. Geht es jedoch um die heute weltweit erforderliche Projektion von „Macht“ zum Schutz eigener Interessen durch die dazu geeigneten Machtinstrumente, kehrt schnell Ernüchterung und ein Gefühl der Ohnmacht ein. Ein Beispiel dafür ist die kurz vor ihrer Durchführung abgesagte Befreiungsaktion zugunsten der gekaperten MS „Stavanger“. Wie sich jetzt nachträglich herausstellt, soll das an der vorbereiteten Operation beteiligte Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) überhaupt keine Rechtsgrundlage für eine Operation dieser Art (Geiselbefreiung) besitzen. Wenn dem so wäre, müsste man die Glaubwürdigkeit der politischen und militärischen Führung des Verteidigungsministeriums arg in Zweifel ziehen und obendrein die Ministerialbürokratie der Unfähigkeit bezichtigen. Doch da streiten sich die Parteien, ob die vorhandenen Gesetze ausreichen oder nicht, wer was darf und wer nicht. Am Ende bleibt Verunsicherung nicht nur des geneigten Staatsbürgers, sondern wohl vor allem der beteiligten Soldaten.

Es kann ja wohl nicht sein, dass das Einsatzspektrum des KSK im Weißbuch 2006, wohlgermerkt als amtliche Verkündung unserer Sicherheitspolitik, u.a. definiert ist als „Abwehr von und die Rettung aus terroristischer Bedrohung sowie Kampfeinsätze im gegnerischen Gebiet.“ Kurz danach heißt es: „Spezialisierte Kräfte ... können im Rahmen von ... Operationen zur Rettung und Evakuierung eingesetzt werden“ (S. 126).

Ist es vorstellbar, dass solche expliziten Festlegungen ohne vorherige Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen erfolgen? Oder hat niemand an den tatsächlichen Eintritt einer derartigen Herausforderung geglaubt? Die Sache hinterlässt jedenfalls einen bitteren Nachgeschmack und lässt für zukünftige Fälle nichts Gutes erwarten.

Ulrich Bucher

Aus dem Inhalt:

S. 3 Bilder vom Jubiläumsempfang der JU
S. 3 Paul Lehrieder (MdB) wieder gewählt
S. 4 C. Schmidt u. P. Lehrieder beziehen Stellung zu verteidigungspolitischen Fragen der Gegenwart

S. 7 – 9, Berichte vom 3. Kolloquium am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr
S. 11 Sicherheitspolitisches Informationsseminar am ZInFu der Bundeswehr
S.12 Leitartikel: Wohin geht die EU?
S.13 St. Kornelius: „Der unerklärte Krieg“

Weiter in dieser Ausgabe:

- S. 3 Bilder vom Jubiläumsempfang der JU Unterfranken in Schweinfurt am 10. Oktober 2009
- S. 4 Warnung vor einer „echten Gefahr für den Weltfrieden“ — Christian Schmidt und Paul Lehrieder beziehen Stellung zu verteidigungspolitischen Fragen der Gegenwart
- S. 5 Arbeitsreiche Sitzung des ASP-Bezirksvorstands in Veitshöchheim. Kreisrätin Gaby Konrad zu Gast
- S. 6 Bezirksvorstand des ASP in Veitshöchheims Synagoge
- S. 7 Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen? Berichte vom 3. Kolloquium am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr Koblenz am 01. Oktober 2009
- S. 8 „Den Krieg hassen, aber den Soldaten ehren!“ Dr. Klaus Naumann sprach zum Thema: „Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?“
- S. 9 Düstere Prognosen und präventive Sicherheitsvorsorge. Prof. Günther Schmid: Aufgaben für die Bundeswehr in einer komplexen Bedrohungslage
- S.10 Kleine Zitatsammlung aus „Kampf der Kulturen“
- S. 11 Sicherheitspolitisches Informationsseminar am Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz
- S. 12 Wohin geht die Europäische Union? Endziel und Grenzen der europäischen Einigung (Leitartikel von D. Möckel)
- S. 13 Die wichtigsten Regelungen zum neuen EU-Vertrag von Lissabon
- S. 13 Für Sie gelesen: Stefan Kornelius, „Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan“ (Rezension)
- S. 14 Wahlkampf zum Bundestag in Rhön-Grabfeld- Bad Kissingen – Nachmaht (Bilder)
- S. 15 Der ASP zu Gast bei der CSU Bad Neustadt – Gemeinsame Unternehmungen geplant – Norbert Klein und Fred Rautenberg hatten den Kontakt vorbereitet
- S. 16 Benedikt Behnke: Kommentar eines Jungwählers: Warum Wählen wichtig ist – Wie mich der Wahlomat wach rüttelte ...
- S. 16 TV-Duell — ein sportlicher Wettbewerb? Ein Kommentar von Fred Rautenberg
- S. 17 Wir gratulieren: Rudolf Büttner – 70 Jahre alt
- S. 17 Af-Pak — die Gefahren werden unterschätzt oder übersehen – Dämmer-schoppen beim KV Rhön-Grabfeld
- S. 18 Termine und Impressum
- S. 18 Nachgehakt: OTL a. D. Ulrich Feldmann organisierte namhafte Spende für das Soldatenhilfswerk der Bundeswehr
- S. 19 Wer wir sind / Beitrittsformular

Karl Theodor zu Guttenberg: „Jetzt geht's erst richtig los!“

*Rede des Ministers bei der 60-Jahre-Feier
der Jungen Union Unterfranken*



Schweinfurt. (frr) Brechend voll war der Ratskeller „Casa Aposto“ in Schweinfurt, wo die Junge Union Unterfrankens am 10. Oktober in festlichem Rahmen ihr 60-jähriges Jubiläum feierte.



Gute Laune bei der Jubiläumsfeier der JU: V.l.n.r.: Michael Glos, Wolfgang Bötsch, Karl-Theodor zu Guttenberg, Dorothee Bär, Anja Weisgerber, Steffen Vogel

Unter den vom Bezirksvorsitzenden Steffen Vogel herzlich begrüßten Gästen waren nicht nur Mitglieder der JU aus ganz Unterfranken, sondern auch viele Amtsinhaber der CSU, so vor allem auch die Europa-Abgeordnete Dr. Anja Weisgerber, die jüngst wieder gewählte Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär, der Bundespostminister a. D. Wolfgang Bötsch und Bundeswirtschaftsminister a. D. Michael Glos in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender der CSU Unterfranken. Auch Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, MdL Robert Kiesel, Gerhard Eck (MdL), Eduard Lintner und Albert Meyer (beide Staatssekretäre a. D.) gaben der Nachwuchsorganisation der CSU die Ehre. Der ASP war zusätzlich durch seinen Landesgeschäftsführer Christian Kattner sowie durch die Bezirksvorstandsmitglieder Richard Oswald und Fred Rautenberg vertreten.

Zu der großen Resonanz hatte aber gewiss auch der angekündigte Besuch von Karl-Theodor zu Guttenberg, dem CSU-Mitglied im Deutschen Bundestag und (zu diesem Zeitpunkt noch) Wirtschaftsminister der Bundesregierung beigetragen. Trotz größter Terminknappheit hatte es sich der Oberfranke nicht nehmen lassen, wenigstens auf ein ausführliches Grußwort zu seinen Parteifreunden aus Unterfranken zu kommen und damit der Jubiläumsfeier einen besonderen Höhepunkt zu geben. Er wurde mit stürmischem Applaus empfan-

gen und bei seiner Ansprache auch immer wieder von Beifall unterbrochen.

KT, wie ihn seine Freunde nennen, sprach vom Aufbruch und den riesigen Chancen, die sich nach den Bundestagswahlen in der Koalition mit der FDP ergeben. „Jetzt geht's erst richtig los!“, rief er aus, obwohl das Ergebnis für die CSU, wie er sagte, nicht allen Hoffnungen entsprach. Der Wahlkampf habe ihm zwar Spaß gemacht, gerade auch in der Zusammenarbeit mit Dorothee Bär. Gleichwohl sei eine ungeschminkte Analyse des unbefriedigenden Wahlergebnisses absolut notwendig. Man müsse auch Fehler eingestehen und gegen ein Glaubwürdigkeitsdefizit ankämpfen. Das sei ein Auftrag für alle Generationen innerhalb der CSU. Von den Erfahrungen der Älteren wie z. B. Michael Glos, Wolfgang Bötsch oder Eduard Lintner könnten die Jungen lernen.

Es gelte auch politische Themen in die Partei und die Öffentlichkeit zu tragen, die nicht immer mit der notwendigen Bewusstheit verstanden werden, die aber für die Zukunft besonders der jungen Generation von enormer Bedeutung sind: z. B. die Globalisierung, die Technologie der Zukunft oder die Frage der Ressourcen- und Energiesicherheit. Auch die Diskussion mit Gruppierungen wie der Piratenpartei und deren Pauschal-Vorurteilen müssten die Parteimitglieder durchstehen. Mit dem Dank für den Einsatz im Wahlkampf verband zu Guttenberg den Auftrag an alle, am Profil der CSU mitzuarbeiten. 60 Jahre Junge Union seien ein Anlass, mit Selbstbewusstsein aufzutreten und u. U. auch einmal eine gewisse „Eckigkeit und Knorrigkeit“ an den Tag zu legen, wenn in Berlin nicht alles so läuft, wie man es sich wünscht.

Steffen Vogel, der Bezirksvorsitzende der JU Unterfranken hatte Karl-Theodor zu Guttenberg in seiner Begrüßung als Mutmacher bezeichnet, und so kam der dynamisch wirkende Minister auch beim Publikum an. Viel Gelächter gab es am Schluss, als die Junge Union die Patenschaft eines echten Wildschwein-Keilers aus dem Schweinfurter Wildpark mit dem sinnigen Namen Karl-Theodor übernahm und dem Minister dazu eine Beglaubigungsurkunde überreichte.

(Weitere Bilder zur Jubiläumsfeier auf Seite 3!)



Wieder gewählt: Großer Erfolg für Paul Lehrieder (MdB)

Würzburg. Mit 47,2 % der Stimmen hat Lehrieder ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis in seinem Wahlkreis Würzburg erzielt. Damit konnte er die Früchte eines intensiven und engagierten Wahlkampfes ernten.

Der aus der Kommunalpolitik kommende Bundespolitiker arbeitet in vier Ausschüssen des Bundestags mit, z. T. in leitender Funktion. Diese sind der Ausschuss für Arbeit und Soziales; für Familie, Senioren und Frauen; für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie der Petitionsausschuss. Zudem ist er Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik.

Seit der Bundestagswahl im Herbst 2005 ist Lehrieder für den Wahlkreis Würzburg Stadt / Land Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Als Direktkandidat der CSU vertritt er dort ca. 220 000 Wahlberechtigte. Nach seiner eigenen Aussage ergibt sich für ihn daraus der Auftrag, sich in Berlin für die Region Würzburg und darüber hinaus einzusetzen. Er will aber auch zur Modernisierung von Deutschland beitragen, „damit unser Land auch für nachfolgende Generationen lebens- und liebenswert bleibt.“ Sein Motto: „Arbeitsplätze schaffen soziale Gestaltungsmöglichkeiten.“ Der ASP-Kurier gratuliert Paul Lehrieder zur Wiederwahl und wünscht ihm viel Erfolg bei seiner parlamentarischen Arbeit.

(Mehr Informationen zu Lehrieder finden Sie unter <http://www.paul-lehrieder.de/> im Internet.)



Oben: Landrat Thomas Habermann vom Landkreis Rhön-Grabfeld im Gespräch mit Minister a. D. Michael Glos und dem Geschäftsführer der CSU in Schweinfurt Gerhard Schmitt.

Rechts: Richard Oswald vom ASP-KV Main Spessart mit seiner Frau Jessika und Schwester Diana

Weitere Bilder vom Jubiläumsempfang der Jungen Union am 10. Oktober in Schweinfurt



Karl-Theodor zu Guttenberg (l.) erhält aus der Hand von Oliver Schulte (r.) Urkunde und Plüsch-Keiler „Karl-Theodor“ Zwischen den beiden: JU-Bezirksvorsitzender Steffen Vogel



Die JU Unterfranken zeigte sich spendabel und bewirtete ihre zahlreichen Gäste großzügig mit Essens- und Getränkebons.

Dorothee Bär (MdB und stellvertretende ASP-Landesvorsitzende) mit Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Bundesminister a. D. Wolfgang Bötsch

Warnung vor einer „echten Gefahr für den Weltfrieden“

Christian Schmidt und Paul Lehrieder beziehen Stellung zu verteidigungspolitischen Fragen der Gegenwart

Veitshöchheim. (frr) Zu einem „Sommergespräch zur Verteidigungspolitik“ mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung Christian Schmidt (MdB) sowie dem Abgeordneten im Bundestag Paul Lehrieder von der CSU hatte der Kreisverband Veitshöchheim Ende August in das Veranstaltungshaus Rokoko eingeladen. Bei dem Gespräch ging es schwerpunktmäßig um die Situation unserer Soldaten im Afghanistan-Einsatz.

Die Außen- und Sicherheitspolitik gehört nicht zu Paul Lehrieders Schwerpunkten der politischen Arbeit in Berlin. Trotzdem hinterließ der CSU-Abgeordnete für Würzburg Stadt/Land bei seinen einleitenden Ausführungen einen höchst kompetenten und informierten Eindruck, als er zur Sicherheitslage und dem Einsatz der Bundeswehr besonders in Afghanistan Stellung bezog. „Wir sind im Fadenkreuz einer ausländischen Bedrohung“, sagte er und wies dabei auch auf die beunruhigende Entwicklung hin, dass zunehmend auch einheimische, deutsch gebürtige Islam-Konvertiten in unserem Land großen Schaden anrichten wollen. Vor Ort, also besonders in Afghanistan, seien die Probleme zu lösen, damit sie nicht erst zu uns kommen. Andererseits könne die Politik nicht ignorieren, dass über 60 Prozent der Bevölkerung gegen den Einsatz unserer Soldaten in dem asiatischen Land sind und einen Auszug wünschen. Das Ziel müsse aber sein, in Afghanistan eine stabile, sich selbst erhaltende staatliche Autorität aufzubauen.

Christian Schmidt umriss ebenfalls den großen Problemzusammenhang, ging aber auch auf Details ein, wie z. B. die, wie er sagte, „Mikrosteuerung“ von militärischen Entscheidungen, die nicht der Bundestag zu fällen habe, obwohl die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Vielmehr

müsse das den dafür ausgebildeten und ausgerüsteten Fachleuten vor Ort, also den Soldaten überlassen bleiben. Auch auf das Stichwort „Exit-Strategie“ ging der Staatssekretär ein. Er hielt nichts von diffusen Zeitraum-Vorstellungen wie zehn oder zwanzig Jahre. Vielmehr müsse sich die Frage des Verbleibs unserer Soldaten messen an den Interessen, die wir dort verfolgen; und dabei müssen wir immer wieder prüfen, ob und wann die Notwendigkeit des Bundeswehr-Einsatzes entfällt. Wohl auf noch längere Frist ist die entscheidende Begründung für den Verbleib in Afghanistan die prekäre Situ-

Schmidt kritisierte auch die Art der Berichterstattung über das Wirken der Bundeswehr in Afghanistan. Er warf manchen Medienvertretern vor, dass sie sich auf Nebensächlichkeiten wie die „Totenkopf-Fotos“ stürzten und dabei das Grundlegende, etwa die Leitlinien der Verteidigungspolitik im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands“ von 2006 missachteten. Er warf ihnen auch Arroganz vor, wenn sie nämlich Afghanistan mit denselben Maßstäben messen, die wir an ein Land wie das unsere anlegen. Das bedeute einen Mangel an Respekt vor der genuinen Kultur des Landes. Außerdem unter Gefahr für Leib und Leben seien die Afghanen kürzlich zur Wahl gegangen, die angesichts der massiven Bedrohung durch die Terroristen doch recht erfolgreich verlief. „Wir müssen uns aber auch weiterhin auf Schwierigkeiten einstellen“, sagte Schmidt, besonders wenn es zu einer Stichwahl kommen sollte.

Abschließend erinnerte er mit großer Nachdrücklichkeit, dass Al Qaida und die Islamisten nicht nur Afghanistan, sondern die Welt verändern wollen. Solange diese Gefahr besteht, sei auch der Einsatz der Bundeswehr erforderlich. „Fakt ist, dass hier (in Pakistan) eine echte Gefahr für den Weltfrieden entstehen könnte!“, sagte Schmidt mit großem Ernst.

Im Gespräch mit den Anwesenden forderte Schmidt u. a. auch, dass im Kanzleramt ein

eigenes Gremium zur Koordination des militärischen Afghanistaneinsatzes mit dem entwicklungspolitischen Vorgehen eingerichtet werden müsse. Das sei am Ressortdenken der SPD-Minister in der bisherigen Regierungskoalition gescheitert, obwohl sich selbst der Grüne Abgeordnete und Beauftragte für Afghanistan Tom Koenigs für ein konsequentes Vorgehen in diesem Land ausgesprochen hatte. Zur juristischen Aufarbeitung von eventuell unstatthaftem Waffeneinsatz in Ausübung ihres Auftrags sollte für unsere Soldaten in Potsdam ein spezielles Gericht ins Leben gerufen werden, das sich aus Juristen zusammensetzt, die auch eine Ahnung vom Militär und der Bundeswehr haben.



Begegnung in Veitshöchheim Ende August 2009: V.l.n.r.: Dietmar Möckel, ASP-Bezirksvorstandsmitglied; Ulrich Bucher, ASP-Bezirksvorsitzender; Elisabeth Schäfer, Kreisrätin; Paul Lehrieder (MdB); Christian Schmidt, MdB und Staatssekretär beim BMVtdG; Oliver Jörg (MdL)

ation in Pakistan. Dieses Land ist auf Grund von Stammesverwandtschaften eng mit Afghanistan verknüpft. „Unser Interesse ist“, sagte der Verteidigungspolitiker, „zu verhindern, dass Afghanistan so destabilisiert wird, dass der Infekt hinüber nach Pakistan greift.“ Konkret könnte das bedeuten, dass die radikalen Taliban und Islamisten über die pakistanische Atomwaffen verfügen. Damit würden andere Länder erpressbar, und das wären in erster Linie die Länder des Westens. Nicht ein Krieg sei zu gewinnen, sondern der Ausbruch eines heißen Kriegs sei – im Ansatz bereits – zu verhindern. Die Hauptaufgabe sei mithin, das Land dahin auszubilden, dass es selbst für seine Sicherheit sorgen kann.

Arbeitsreiche Sitzung des ASP-Bezirksvorstands in Veitshöchheim

Kreisrätin Gaby Konrad zu Gast

Veitshöchheim. (frr) Zur vorletzten Sitzung in diesem Jahr traf sich der Bezirksvorstand des ASP Unterfranken am 13. Oktober im Hotel „Weißes Lamm“ in Veitshöchheim bei Würzburg. Der Vorsitzende Ulrich Bucher begrüßte als besonderen Gast



Gaby Konrad aus diesem Ort, eine in der Lokalpolitik sehr engagierte Frau. Sie ist nicht nur stellvertretende CSU-Ortsvorsitzende, Vorsitzende der Frauenunion und Gemeinderätin in Veitshöchheim, sondern auch Mitglied des Kreistags. Gaby Konrad stellte sich und ihren Heimatort eloquent vor und nahm dann an der ganzen Sitzung des ASP-Vorstands mit Interesse teil. Schließlich überreichte sie Ulrich Bucher sogar ein Gastgeschenk, was diesen sichtlich überraschte und erfreute. Der Sitzung des Bezirksvorstands war ein Besuch in der restaurierten Synagoge Veitshöchheims mit Führung vorausgegangen (dazu s. Bericht und Bilder auf S. 6).

Unter der Leitung des Vorsitzenden wurden die vorgesehenen Tagesordnungspunkte intensiv bearbeitet. Es ging um den Ausgang der Bundestagswahlen und um die Beiträge der einzelnen Kreisverbände im Wahlkampf zugunsten der CSU-Kandidaten. Dass im Wahlkampf die Außen- und Sicherheitspolitik so gut wie keine Rolle gespielt hatte, bedauerte Bucher zwar, war aber angesichts der Bewusstseinslage in der Öffentlichkeit nicht anders zu erwarten gewesen. Welche Personalentscheidungen für den Bereich Verteidigung und Außenpolitik bei den Koalitionsverhandlungen gefällt werden, sei abzuwarten. Einige der Anwesende könnten sich den zur Zeit noch amtierenden Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gut als Außenminister vorstellen. Auf jeden Fall wäre es sehr erwünscht, dass der ASP-Landesvorsitzende Christian Schmidt Staatssekretär beim Verteidigungsminister bleibt.

Bucher teilte dann seine Planung für die nächsten Monate bis zur Hauptversammlung im nächsten Frühjahr mit. Ein wesentliches Anliegen ist ihm, weitere Kreisverbände zu gründen bzw. schlafende zu reaktivieren, zudem den ASP im Regierungsbezirk innerhalb der CSU noch bekannter zu machen. Einen Vorstoß in diese Richtung hatte der Kreisver-

band des ASP Rhön-Grabfeld bereits beim CSU-Ortsverband Bad Neustadt gemacht (Bericht s. S.15). Damit verbindet Bucher das Bestreben, Fragen vor allem der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik wenigstens innerhalb der Partei bewusster zu machen, eine Notwendigkeit, auf die auch erst jüngst Karl-Theodor zu Guttenberg beim 60-jährigen Jubiläum der unterfränkischen Jungen Union in Schweinfurt vehement hingewiesen hatte. Bucher möchte auch noch verstärkt erreichen, dass der Bezirksverband zu drängenden außen- und sicherheitspolitischen Problemen Stellung nimmt und dabei auf die Beiträge der Kreisverbände baut. Damit könnte dann der Bezirksverband auch an den Landesvorstand herantreten, in dem er als Bezirksvorsitzender Mitglied ist.

Zu einer Studienreise des Bezirks- und der Kreisvorstände samt Ehefrauen oder Lebenspartner nach Dresden legte Bucher dem Vorstand ein detailliertes Angebot eines Busunternehmens vor, mit der Bitte, sich bald für die Teilnahme zu entscheiden. Weitere Studienfahrten nach Berlin zum

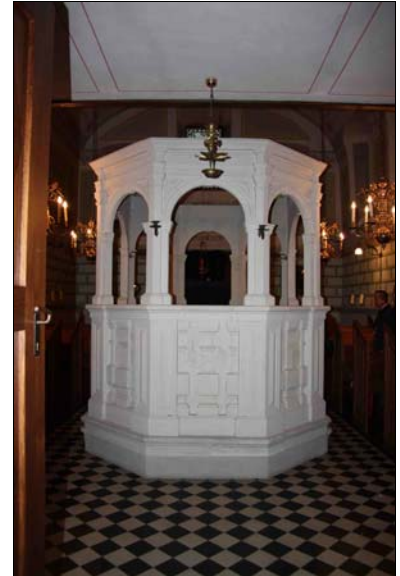


Gaby Konrad überreicht Ulrich Bucher vom ASP ein Gastgeschenk.

Bundestag und nach Straßburg zum Europäischen Parlament sind angedacht. Der Vorstand baut dabei auch auf die Hilfe der unterfränkischen Bundestagsabgeordneten Dorothee Bär und der Europa-Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber. Christian Schneider, der Kreisvorsitzende des ASP Haßberge, informierte seine Kollegen im Vorstand darüber, dass in Hassfurt nunmehr ein Büro von „Europe Direct“ eröffnet worden sei.



Bild links: Eingang zum Museum an der Thüngersheimer Straße; Mitte: die Synagoge vom Innenhof her gesehen; rechts: die zentral positionierte Bima (Lesekanzel) im Innenraum



Karen Heußner bei ihren Erklärungen; man hätte Stunden zuhören können!

Bezirksvorstand des ASP in Veitshöchheims Synagoge

Es ist nun schon Tradition, dass sich der ASP-Bezirksvorstand an wechselnden Orten zu seinen Sitzungen trifft. Am 13. Oktober ging es also nach Veitshöchheim ins „Weiße Lamm“. Zu dieser Tradition gehört auch, dass der jeweils austragende Kreisverband noch ein kulturelles Beiprogramm organisiert. Das Beiprogramm führte diesmal in die vom Veitshöchheimer Kulturamt getragene restaurierte Synagoge, die heute im Wesentlichen nur musealen Zwecken dient.

Durch die mit viel Liebe und Sachverstand wieder aufgebaute Synagoge führte Karen Heußner, die mit großer Freude und noch größeren Kenntnissen vom Leben der jüdischen Mitbürger in vergangenen Zeiten berichtete. Sie betonte, dass der Zweck des Museums nicht in erster Linie sei, die Schoa zu dokumentieren, sondern jüdisches Leben unter Christen seit dem 17. Jahrhundert. Dass sich die Synagoge als Gebäude und mit seiner Innenausstattung über die Zeit der Nazi-Herrschaft und die Nachkriegszeit retten konnte, samt etlichem Inventar, ist eine spannende Geschichte, die man sich am besten selbst bei einem Besuch des Museums erzählen lässt.



Die Mikve — das Ritualbad, jetzt vom Grundwasser gespeist (früher vom Regen) — ist unter dem Gebäude der Synagoge zu finden.

Bild unten links: Karen Heußner erklärt die Stube des Vorsängers und jüdischen Lehrers: Die Stube ist mit Grün für das Laubhüttenfest dekoriert. Unten rechts: Bucher, Heußner und Dietmar Möckel, der den Museumsbesuch organisiert hatte



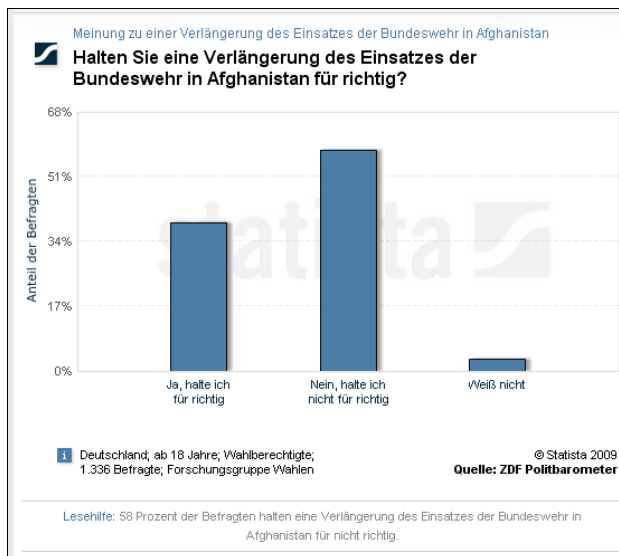
Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?

Berichte vom 3. Kolloquium am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr Koblenz am 01. Oktober 2009

„Mittlerweile merken wir, dass es ernst wird“

Koblenz. (frr) Das stellte Generalmajor a. D. Hans-Christian Beck in seiner Eröffnungsansprache zum 3. Kolloquium am Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr fest. Wie, fragte Beck die zahlreichen Gäste, steht es mit der aktuellen Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn die Kämpfer der Bundeswehr zur „Ausübung von Gewalt gegen Gewalt“ eingesetzt werden und dabei mit Opfern bei unseren Soldaten wie auch unvermeidlich bei der Zivilbevölkerung gerechnet werden muss?

Damit hatte der General a. D. das Thema genannt, unter dem das Kolloquium stattfand. Impulsreferate von Brigadegeneral Alois Bach (dem Kommandeur des ZInFu), von Oberst Ulrich Kirsch vom Deutschen Bundeswehrverband und vom Wehrbe-



auftragten des Bundestags Reinhold Robbe gingen zwei Vorträgen voraus. Dr. Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung sprach zum Thema „Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten

den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?“, und Professor Dr. Günther Schmid (Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Internationale Politik) referierte über das Thema „Globale und regionale sicherheitspolitische Risiken und Herausforderungen für die Bundeswehr im 21. Jahrhundert“. Dem schloss sich am Nachmittag das sog. „Panel“ an, bei dem der Moderator Rolf Clement vom Deutschlandfunk Fragen zur Sicherheitspolitik an Ernst-Reinhard Beck von der CDU, Elke Hoff von der FDP, Winfried Nachtwei von den Grünen und Paul Schäfer von der LINKEN

richtete — alle vier Mitglieder im Deutschen Bundestag und Fachleute für Fragen der (inter-)nationalen Sicherheit und Verteidigung. Auch das Publikum war mit in die Diskussion eingebunden.

BriGen Bach: Bereitschaft zu Prävention, Intervention und Postvention

BG Alois Bach, der Hausherr im ZInFu, sprach von der gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands. Es gehe heute um die Prävention gegen einen Feind, der ein Land – gemeint war Afghanistan – übernehmen will, der Pakistan bedroht und der den Westen und seine Wertvorstellungen hasst.

Der Erfolg in Afghanistan aber brauche Zeit, Geduld und Standfestigkeit bei klaren politischen Zielsetzungen und einem engen Schulterschluss mit den Verbündeten. Er bedauerte, dass über die Ziele unserer Sicherheitspolitik in unserer Bevölkerung noch keine grundsätzliche Diskussion geführt worden sei.

Ein Land wie das unsere könne es sich aber nicht leisten, Desinteresse, mangelhaften Einsatzwillen oder eine Ohne-mich-Haltung an den Tag zu legen. Mehr Rechtssicherheit für die Soldaten und die „Bereitschaft zu Prävention, Intervention und Postvention“ in der Gesellschaft wünschte sich der Brigadegeneral. Die Gesellschaft stehe in der Pflicht darüber nachzudenken, welchen Preis wir bereit sind, für den Erhalt unserer Lebensweise zu zahlen – Opferung von Menschenleben eingeschlossen.

Oberst Kirsch: Alle Fragen werden offenkundig

Oberst Ulrich Kirsch, der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, stellte fest, wer international mitreden wolle, müsse auch zu einer Ausweitung des Afghanistaneinsatzes bereit sein.

Dazu sei die Zustimmung der deutschen Politik und der Öffentlichkeit erforderlich, und insofern stehen diese vor einer schwerwiegenden Zäsur in ihrem Bewusstsein. Kirsch verlangte eine breit angelegte Diskussion über die Rolle der Soldaten, die sich sorgten, dass sie sich wegen des gesellschaftlichen Unverständnisses isoliert verstehen müssten.

In Anlehnung an Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbands fest, dass jetzt alle Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz offenkundig werden, und darauf müssten Antworten gegeben werden. „Mit fast allen Ressorts“ trage die Bundesregierung dafür die Verantwortung.

Reinhold Robbe: Konkrete Vorschläge

Reinhold Robbe, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, war auch der Schirmherr der Veranstaltung. Er berichtete von seinen Besuchen in Afghanistan.

Dort, so vermittelten ihm die Soldaten, werde gekämpft und nicht „zivil gearbeitet“. Damit habe sich die Qualität des Einsatzes geändert, das müsse auch in Deutschland zur Kenntnis genommen werden, und dabei komme der Politik und den Medien eine besondere Aufgabe zu. Diese müssten Solidarität, Empathie, menschliche Zuwendung für die Soldaten bekunden, denn bloße Appelle an die Gesellschaft nützten nichts.

Auch durch Fürbitten im Gottesdienst der Kirchen zum Beispiel könne Solidarität ernsthaft demonstriert werden. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände könnten sich des Themas annehmen und für ausscheidende Soldaten berufliche Perspektiven eröffnen. Soldaten mit posttraumatischem Belastungssyndrom bedürften vermehrt der Fürsorge. All das müsse organisiert werden, und auch die Renovierung der Kasernen müsse mit unzumutbaren Verhältnissen aufräumen. Erst wenn diese Ziele erreicht seien, „können wir zufrieden sein“.

„Den Krieg hassen, aber den Soldaten ehren!“

Dr. Klaus Naumann sprach zum Thema: „Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?“

Koblenz. (frr) Nach den Impulsreferaten sprach Dr. Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung zu dem ausgewiesenen Thema des Kolloquiums. Dabei beleuchtete er die Rolle des Militärs in seinem Dreiecksverhältnis zu Gesellschaft und Politik und stellte dabei Probleme in mehrerer Hinsicht fest.

Den Medien sprach Naumann eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft zu, wenn die Öffentlichkeit der Bundeswehr eine vertrauensvolle Haltung entgegenbringen soll. Die Öffentlichkeit gewöhne sich aber auch dann nicht an die Bedrohungslage und die daraus resultierenden Opfer, obwohl man ihr mehr an Wahrheit zumuten könne, als es z. B. mit dem „semantischen Eiertanz“ um anzuwendende Begriffe geschehe. Soweit es um „konditionierte, qualifizierte, defensive Aktionen“ gehe im Sinne einer Nothilfe, sei die Akzeptanz in der Gesellschaft groß. Diese schwinde aber bei langer Dauer und ungewissem Ausgang der Operation, denn das Gefühl, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören wie im Kalten Krieg, gebe es nicht mehr.

Auf derselben Schiene liege die Debatte um die Wehrpflicht: Diese müsse als „Bürgerobligation“ wieder neu begründet werden angesichts der Wehrunwilligkeit der jungen Männer besonders in den westlichen Bundesländern. Fazit: Unsere Gesellschaft will überzeugt werden von Sinn und Notwendigkeit des Dienens in den Streitkräften.

Von Seiten der Politik vermisste Naumann eine bessere Information und vor allem eine überzeugendere Argumentation zugunsten der Bundeswehreinsätze. Die Politik bleibe unter ihren Möglichkeiten, z. B. in ihrer Pressepolitik. Aber eine publikumswirksame Klärung der Begriffe, eine entsprechende Debatte müsse herbeigeführt werden, zu der auch eine



Von links nach rechts: Brigadegeneral Alois Bach, Kommandeur des Zentrums Innere Führung; Oberst Ulrich Kirsch, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands; Reinhold Robbe (MdB), Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestags; Dr. Klaus Naumann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung

schonungslose Bilanz des bisher Erreichten gehören.

Bei den Soldaten habe sich dadurch ein Gefühl von mangelnder Akzeptanz eingestellt, und das im Bewusstsein ihrer eigenen Leistung im Einsatz. Der Charakter des Soldatseins verwischte sich zwischen dem Bild des zivil-militärischen Aufbauhelfers und des atavistischen Kämpfers. Für das Selbstbild der Bundeswehr sei es sehr schädlich, wenn die Politik die Streitkräfte instrumentalisiert, wie es anderswo z. B. mit der Abwrackprämie gemacht werde, denn der Soldat sei nie nur ein funktionales Instrument, sondern auch ein verantwortlich Handelnder. Er erfährt die öffentliche Zuwendung entweder als Empörung (bei Skandalen) oder als Mitleid und wird dabei ebenfalls verkannt als verantwortlich handelndes Subjekt. Die Bundeswehr sollte indessen selbstbewusst auftreten als Partner, sie sollte sich als Akteur und nicht als Lückenbüßer begreifen.

Zusammenfassend warf der Vortragende der Politik vor, dass sie die Einsatzziele ungenügend artikuliert hat und eine Art Angst vor der eigenen Courage hat dies zu tun. Wenn für den Soldaten aber die sittlichen Grundlagen seines Einsatzes wegfallen, dann kann es zu posttraumatischen Belastungsstörungen kommen. „Haften mit der ganzen Person für halbe Sachen?“ – das könne man vom Soldaten nicht verlangen. Ausbildung, Ausrüstung, Führung im Einsatz und Nachbereitung, damit der Kämpfer wieder ins Zivilleben zurückgeführt wird, das müssten Politik und Bundeswehr gemeinsam leisten. Naumann schloss mit den Worten: „Wir mögen den Krieg hassen, aber wir sollten den Soldaten ehren.“



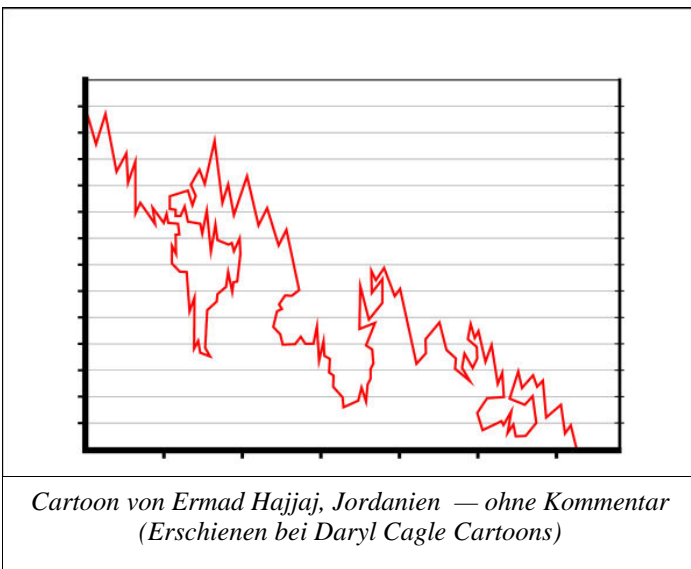
Brigadegeneral Alois Bach, Kommandeur des Zentrums für Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz beim Empfang zum 3. Kolloquium im Foyer des Zentrums

Düstere Prognosen und präventive Sicherheitsvorsorge

Prof. Günther Schmid: Aufgaben für die Bundeswehr in einer komplexen Bedrohungslage

Koblenz. (frr) Der zweite Vortrag im Rahmen des 3. Kolloquiums am Zentrum für Innere Führung in Koblenz untersuchte, welche globale und regionale sicherheitspolitische Risiken und Herausforderungen für die Bundeswehr im 21. Jahrhundert bestehen. Referent war Prof. Dr. Günther Schmid von der Fachhochschule des Bundes in Brühl, Fachbereich internationale Politik. Damit beantwortete er indirekt die Frage der Tagung, wenn auch modifiziert, nämlich, welche Bedrohungen für uns zur Zeit und in der nächsten Zukunft bestehen, die dann den internationalen Einsatz von deutschen Soldaten erforderlich machen.

An den Anfang stellte er eine Kritik der momentanen Bewusstseinslage in Deutschland. Er vermisste eine, wie er sagte,



Strukturdiskussion, bei der strategische Fragen aufgeworfen und Zukunftsprognosen erstellt werden. Sicherheitspolitik werde stattdessen nur ereignis-, personen- und krisenbezogen diskutiert. Obwohl Europa strategisch gesehen durch die internationale Finanzkrise geschwächt worden sei, sei die Außenpolitik nur ein „Nischenprodukt im Deutschen Bundestag“. Trotz zunehmender Turbulenzen und Bedrohungsfaktoren sei das internationale Geschehen auch im Wahlkampf kein Thema gewesen, stattdessen habe man die sozialen Fragen ganz nach vorn gestellt. 83 Prozent der Deutschen meinen, dass unser Land als eine „Zivilmacht“ sich aus den Konflikten anderer Länder heraushalten sollte. Schmid fragte, ob die deutsche Gesellschaft nicht durch die Geschwindigkeit und Reichweite der globalen Veränderungen überfordert sei. Angesichts der diffusen, unheimlich komplizierten Situation sei jedenfalls eine neue Sprache [er meinte vermutlich eine ungeschminkte] zur Abbildung dieser Situation erforderlich, um ihr analytisch gerecht zu werden. Schmid verlangte, dass Sicherheitspolitik definiert werden müsse als „globale präventive Sicherheitsvorsorge“.

Schmid zählte dann die wichtigsten außenpolitischen Veränderungen seit 2000 auf. Klassische Machtpolitik wie im 19. Jahrhundert (betrieben etwa von Russland, China und Australien) überschneidet sich mit den Nachwirkungen des Kalten Kriegs und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Neben dem Prozess der Globalisierung und der Integration laufe parallel ein Prozess der Fragmentierung und des Zerfalls von Ordnungsstrukturen, was am Beispiel von Afrika zu belegen sei. Ein Drittel der afrikanischen Staaten müsse zu den „failing

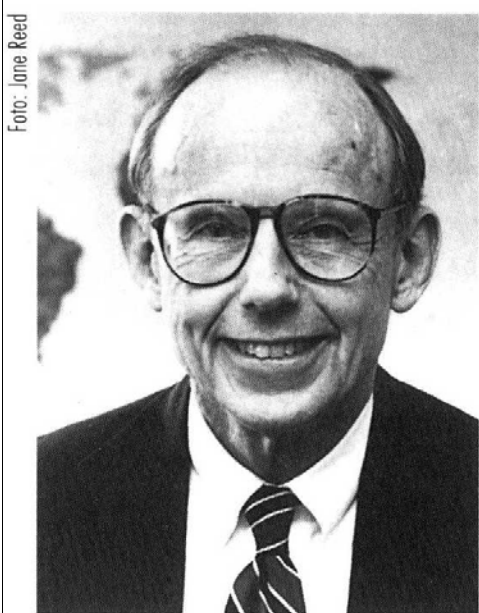
states“ gerechnet werden (z.B. Sudan, Algerien, Kongo), und das bei einer zu erwartenden Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung in den nächsten 40 Jahren. Der Globalisierungsprozess werde sich verlangsamen, bedingt u. a. durch die internationale Piraterie und die Rückkehr zum Nationalstaat als Handlungsplattform. „Die Globalisierung ist nicht der ganz große Gleichmacher!“, stellte der Professor fest.

Die Konfliktformationen könnten nicht mehr so klar definiert werden, zudem werde es extrem schwierig, in der Konkurrenz mit anderen Mächten Ressourcen zu mobilisieren. Internationale Organisationen wie die NATO, die UNO und auch die EU würden erodieren und an Wirksamkeit verlieren, denn Binnenkrisen und Reformstau trügen dazu bei und neue aufsteigende Mächte verlangten nach internationalem Einfluss. Die USA versuchten bereits jetzt dem gegenzusteuern mit dem Modell der „Club Governess“ zwischen Peking und Washington: Regieren in neuen Formaten mit globalem Maßstab.

In naher Zukunft bleiben wir nach Professor Schmid von folgenden Gefahren bedroht: An erster Stelle wird es der internationale Terrorismus sein in der Form von Al Qaida mit deren westenfeindlicher Ideologie und seiner operativen Dezentralisierung. Die zweite große Bedrohung gehe von der Konfliktregion Afghanistan und Pakistan aus. An dritter Stelle nannte der Referent die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, besonders der Atomwaffe, durch Staaten wie Nordkorea und den Iran. „Schurkenstaaten“ werden künftig intensiver zusammenarbeiten. Eine weitere Bedrohung kommt von den vielen fragilen, zerfallenden Staaten (geschätzt zwischen 40 bis 60), wo sich alle möglichen Arten von Kriminalität einnisten können. Besonders dem afrikanischen Kontinent müsste der Westen deshalb seine volle Aufmerksamkeit widmen. Schließlich nannte Schmid auch den Klimawandel, der den Mangel an Trinkwasser für die Menschheit verschärfen wird. Bis 2025 werden zwei Drittel der Menschheit ohne genügend sauberes Wasser sein. Sinkende Ernteerträge werden Hungersnöte und Hungeraufstände auslösen. Der steigende Weltmeerespiegel werde mit extremen Sturmfluten verbunden sein, welche nationale Infrastrukturen zerstören und Flüchtlingsbewegungen auslösen. Und auch die Piraterie wird eine zunehmende Bedrohung sein, die nur sehr schwer zu bekämpfen ist.

Langfristig sind wir nach Schmid bedroht vom globalen Kampf um die verbleibenden Ressourcen, was zu einer allgemeinen Teuerung und Verschiebung der Machtverhältnisse führen wird. Zeitgleich werde sich auch der Klimawandel auswirken. Neue Mächte wie Indien und China werden unser Wirtschaftssystem herausfordern, und es wird sich zeigen, welches leistungsfähiger ist. Die Weltbevölkerung wird anwachsen, wobei 98 Prozent des Zuwachses in den Ländern der Dritten Welt stattfinden wird. Westliche Länder mit mehr als 100 Millionen Einwohnern werden eine fast verschwindende Minderheit sein gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Der Einfluss von mehr als 9.900 Religionsgemeinschaften mit antisäkularer Tendenz wird zunehmen. Das Christentum dagegen hat dann sein religiöses Monopol verloren.

Schmid fasste seine Ausführungen dahingehend zusammen, dass die von ihm genannten Bedrohungen nicht eine nach der anderen abgearbeitet werden können, sondern sie finden alle gleichzeitig statt und müssen von einer nach allen Richtungen offenen Stabilitätspolitik aufgefangen werden. Dazu müsse aber zu allererst eine sorgfältige weltweite Analyse betrieben werden, bevor man therapeutisch vorgehen könne, ergänzte Schmid auf eine Frage aus dem Plenum. Daran mangle es aber zur Zeit.



Samuel P. Huntington, Jahrgang 1927,

Kleine Zitatsammlung aus „Kampf der Kulturen“

Der ASP-Kurier schließt seine Zusammenfassung des kulturkritischen Werks von S. P. Huntington mit einigen wichtigen Zitaten aus diesem Buch ab:

„Die menschliche Geschichte ist die Geschichte von Kulturen. Es ist unmöglich, die Entwicklung der Menschheit in anderen Begriffen zu denken. Zu allen Zeiten waren Kulturen für die Menschen Gegenstand ihrer umfassendsten Identifikation.“ (Huntington, S. 49)

„Spengler verurteilte schon 1918 die im Westen vorherrschende, kurzsichtige Auffassung von Geschichte mit ihrer säuberlichen Einteilung in Antike, Mittelalter und Neuzeit, die nur für den Westen relevant ist: »Ich nenne dies dem heutigen Westeuropäer ge-läufige Schema, in dem die hohen Kulturen ihre Bahnen um uns als den vermeintlichen Mittelpunkt alles Weltgeschehens ziehen, das ptolemäische System der Geschichte und ich betrachte es als die kopernikanische Entdeckung im Bereich der Historie, daß in diesem Buche ein System an seine Stelle tritt, in dem Antike und Abendland neben Indien, Babylon, China, Ägypten, der arabischen und mexikanischen Kultur - Einzelwelten des Werdens, die im Gesamtbilde der Geschichte ebenso schwer wiegen, die an Großzügigkeit der seelischen Konzeption, an Gewalt des Aufstiegs die Antike vielfach übertreffen - eine in keiner Weise bevorzugte Stellung einnehmen« (Oswald Spengler, *Der Untergang des*

Abendlandes, 1917, S. 24). (Huntington, S. 74)

„Die zentralen Elemente jeder Kultur oder Zivilisation sind Sprache und Religion.“ (Huntington, S. 81)

„Das Konzept einer »universalen Kultur« ist ein typisches Produkt des westlichen Kulturkreises. Universalismus ist die Ideologie des Westens angesichts von Konfrontationen mit nichtwestlichen Kulturen. Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westen als universal betrachtet. Was Westler als segensreiche globale Integration anpreisen, zum Beispiel die Ausdehnung weltweiter Medien, brandmarken Nichtwestler als ruchlosen westlichen Imperialismus. Insoweit Nichtwestler die Welt als eine einzige sehen, sehen sie sie als Bedrohung.“ (Huntington, S. 92).

„Es ist reine Überheblichkeit zu glauben, daß der Westen ... die Welt für alle Zeiten erobert hat und daß Muslime, Chinesen, Inder und alle anderen nun nichts Eiligeres zu tun haben, als den westlichen Liberalismus als einzige Alternative zu übernehmen. ... Die fundamentalen Spaltungen der Menschheit nach Ethnizität, Religionen und Kulturkreisen bleiben und erzeugen neue Konflikte.“ (Huntington, S. 93).

„Die Expansion des Westens hat sowohl die Modernisierung als auch die Verwestlichung nichtwestlicher Gesellschaften gefördert. Die politischen und geistigen Führer dieser Gesellschaften haben auf den Impakt des Westens auf eine oder mehrere von drei Arten reagiert: Verweigerung von Modernisierung und Verwestlichung; Annahme von beidem; Annahme der ersteren und Verweigerung der letzteren.“ (Huntington, S. 103)

„Die Hindernisse, die nichtwestliche Kulturen einer Modernisierung entgegensetzen, sind nichts, verglichen mit jenen, die sie einer Verwestlichung entgegensetzen. ... Modernisierung stärkt vielmehr diese Kulturen und verringert die relative Macht des Westens. Auf mancherlei ganz elementare Weise ist die Welt insgesamt dabei, moderner und weniger westlich zu werden.“ (Huntington, S. 114)

„Kultur folgt fast immer der Macht.“ (Huntington, S. 136)

[Alle Zitate sind in der Originalrechtschreibung entnommen aus Samuel P. Huntington, „Kampf der Kulturen“, Europaverlag München – Wien, 6. Auflage 1997; Bild vom Buchklappentext]

Sicherheitspolitisches Informationsseminar am Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz

Koblenz. (frr) Ein dichtes, aber hochinteressantes Programm an (militär-)politischen Informationen zur Bundeswehr erfuhren die Mitglieder des „Sicherheitspolitischen Seminars im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit“, zu dem das Zentrum Innere Führung (ZInFü) Ende September — Anfang Oktober nach Koblenz eingeladen hatte.

Auch Ulrich Bucher und Fred Rautenberg vom ASP Unterfranken nahmen daran teil. Sie waren vom eigentlich veranstaltenden ASP-Kreisverband Freising und dessen Vorsitzenden Ludger Stienen als Gäste in die Seminargruppe aufgenommen worden. Kapitän zur See Jürgen Herling und Oberstleutnant Dr. Hans Fröhling vom ZInFü betreuten die Seminaristen, und, um es gleich vorweg zu sagen, sie lösten ihre Aufgabe tadellos. Nicht nur die Organisation klappte wie am Schnürchen, noch beeindruckender war die Kompetenz der beiden Offiziere, die sie bei ihren Vorträgen, Workshops und Diskussionen mit den Besuchern immer wieder erkennen ließen. Bei der von den beiden gezeigten Methodenvielfalt und den interessanten Themen kam nie Langeweile oder Überdross auf.

Gesprochen wurde über die Führungsphilosophie der Bundeswehr, also über die Innere Führung, wie sie entstanden war, wie sie sich entwickelte und vor welchen Herausforderungen sie zur Zeit steht. Es ging weiterhin um die Grundlinien und Kriterien deutscher



V.l.n.r.: OTL Dr. Hans Fröhling, Ludger Stienen vom ASP-Kreisverband Freising und Kapitän z. S. Jürgen Herling. Die beiden Offiziere betreuten das Seminar vorzüglich.

Sicherheitspolitik und um die Sicherheitspolitik als Gegenstand der politischen Bildung. Da die Bundeswehr im Ausland eingesetzt wird, waren logischerweise ein weiteres Thema die völker- und verfassungsrechtlichen Grundlagen für diese Auslandseinsätze und die dabei entstehenden Rechtsfragen, aber auch die Erfahrungen, die die Bundeswehr mittlerweile in den verschiedenen Auslandseinsätzen gesammelt hat. Dass dabei das Thema Afghanistan besonders intensiv diskutiert wurde, kam dem Bedürfnis der Seminarteilnehmer nach einer Aussprache zu diesem heißen Thema entgegen. Der letzte behandelte Bereich betraf den Transformationsprozess der Bundeswehr, den Sachstand zur Zeit und welche Perspektiven sich für

die Zukunft eröffnen.

Sehr auflockernd wirkten zwei Exkursionen. Die erste ging zur Burg Ehrenbreitstein, wo OTL Dr. Kloppert vom ZInFü eine Führung hielt, bei der jeder Universitätshistoriker vor Neid erblasst wäre, angesichts der Kenntnisse und der Vortragsweise des Offiziers. Die zweite „Exkursion“ vereinte die Gruppe und ihre beiden Führungsoffiziere bei einer Weinprobe mit Abendessen, bei dem eine ehemalige Weinkönigin charmant die Vorstellung der Weine vornahm. Ein ganz besonderer Akzent der Woche war es, dass die Gruppe am „3. Kolloquium am ZInFü“ teilnehmen durfte. Hochkarätige Militärs und Politiker, u. a. auch der Wehrbeauftragte des Bundestags und Schirmherr der Veranstaltung, Reinhold Robbe, diskutierten die Frage, wofür die deutsche Gesellschaft bereit sei, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Einsatz auszusetzen. (Vgl. dazu die Berichte auf den Seiten 7-9 in dieser Ausgabe) Im Vergleich zu den intensiven Gesprächen im Rahmen des Seminars zu diesem Thema war mancher der Teilnehmer aus Bayern enttäuscht von den Antworten, die die Politiker auf dem Forum gaben, und man hatte den Eindruck, dass auch mancher der anwesenden Soldaten nicht so recht glücklich wurde mit dem, was das Kolloquium an Ergebnissen brachte. Soldaten waren es auch, die die richtigen Fragen stellten, aber die Antworten der teilnehmenden Politiker ließen doch öfters an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Vor allem wurde vom Moderator des Forums und von den befragten Politikern weitgehend versäumt, die Herausforderung und die für die westliche Kultur damit verbundenen Gefahren einer radikalen, religiös verbrämten islamistischen Ideologie beim Namen zu nennen. Dass der Westen also in einem Selbstbehauptungskampf steht, der dem im Kalten Krieg gegenüber der expansionistischen kommunistischen Ideologie durchaus nicht nachsteht. Und dass dieser Kampf von der Bevölkerung nicht nur eine bessere Einsicht verlangt, sondern vor allem auch eine viel größere Opferbereitschaft und von den Politikern viel mehr Rückgrad bei der zu erwartenden Kritik, um den notwendigen Bewusstseinswandel mit Hilfe der Massenmedien herbeizuführen. Warum wurden eigentlich die deutschen und europäischen Interessen bei der Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen nicht mit aller Entschlossenheit genannt und durchdiskutiert? So blieb vieles diffus, trotz der vielen Stunden, die am Vor- und Nachmittag für das Kolloquium angesetzt waren.

Ihre Dankbarkeit drückten die Seminarteilnehmer gegenüber Kapitän Herling und OTL Fröhling am letzten Tag durch ein Gastgeschenk aus, das Ludger Stienen in aller Auftrag überreichte.



Das Hauptgebäude des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz



Blick von der Burg Ehrenbreitstein auf das Deutsche Eck in Koblenz am Zusammenfluss von Mosel und Rhein

Wohin geht die Europäische Union? Endziel und Grenzen der europäischen Einigung

Die Europawahlen vom 7. Juni 2009 sind vorüber, die Wahlbeteiligung lag diesmal in der EU bei mageren 43,1 % und ging damit im Vergleich zum Jahr 2004 noch einmal um 2,5 % zurück. Deutschland erreichte sein schlechtestes Wahlergebnis, die Beteiligung sank auf 43,3 %.

Hat die Politik Lehren daraus gezogen? Wenn das Gefühl nicht trügt, ist man in Berlin und in den anderen Hauptstädten der Mitgliedsstaaten bereits wieder zur Tagesordnung übergegangen. Wenn Europa weiter eine Erfolgsgeschichte sein will, muss aber wieder der Schwung und Elan, die Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit her. Die Politik kann dies nicht allein leisten, aber sie kann die Rahmenbedingungen schaffen für eine bessere Akzeptanz und Identifikation mit der Europäischen Union, und dazu muss man „dem Volk auch einmal aufs Maul“ schauen.

Anders als ein Staatenbund ist die EU nach der Definition des Bundesverfassungsgerichts ein Staaten**verbund**, also eine enge, auf Dauer angelegte Verbindung souverän bleibender Staaten, die auf vertraglicher Grundlage öffentliche Gewalt ausübt, deren Grundordnung jedoch allein der Verfügung der Mitgliedsstaaten unterliegt und in der die staatsangehörigen Bürger der Mitgliedsstaaten die Subjekte demokratischer Legitimation bleiben. Mit dieser Definition hat das Bundesverfassungsgericht aber keineswegs ein Verbot der vertikalen Weiterentwicklung der EU – beispielsweise hin zu einem Bundesstaat – ausgesprochen, wenn dies denn der Wunsch wäre.

Das Mammutwerk einer so genannten **Europäischen Verfassung**, das im Jahr 2004 von den Regierungschefs unterzeichnet, aber an den Volksabstimmungen von Frankreich und den Niederlanden scheiterte, ist ein Beispiel dafür, dass die Politik es bisher nicht verstanden hat, überzeugend und in allgemein verständlicher Art und Weise für ein Gesetzeswerk die Zustimmung beim Volk zu erhalten.

Erst der Krisenschock mit kräftigem Wirtschaftseinbruch und die Angst vor massiven Arbeitsplatzverlusten brachte z.B. Irland, das ehemalige Armenhaus Europas, das seit seiner Zugehörigkeit zur EU zu einem der reichsten Länder dieser Welt aufstieg und wo das Durchschnittseinkommen in 2008 um 31 % höher lag als in Deutschland, wieder auf den Boden der Tatsachen zurück. Finanzkraft und hoher Lebensstandard hatten das Selbstwertgefühl kräftig übersteigert. Dabei vergaß man gern, dass der Wohlstand nicht allein aus eigener Kraft, sondern maßgeblich mit den massiven Beihilfen der Europäischen Union geschafft worden ist. Die Mittel dazu kamen aus Ländern der so genannten EU-Nettozahler, zu denen besonders Deutschland gehört. Noch in 2008 hat Irland 566 Mio. EURO aus den Fördertöpfen der EU erhalten, während Deutschland 8.774 Mio. Euro hinein zahlte. Wenn Minister Schäuble feststellt: „Europa ist eben mehr als eine Fusion wirtschaftlicher Größen, es hat ein kulturelles Fundament, welches zentralen politischen Werten und Haltungen zu Grunde liegt“, so muss noch kräftig geackert werden, damit diese Saat aufgeht. Heimat ist eine Beziehung zwischen Mensch und Raum. Heimat ist Nation, Vaterland, Sprache und Religion, also die Gesamtheit der Lebensumstände, in denen ein Mensch aufwächst. Von diesen Lebensumständen wird seine Psyche geprägt, ihnen fühlt er sich gewachsen, alles andere ist ihm fremd. Wenn Europa bei den Bürgern der Mitgliedsländer ankommen will, wäre hier der Hebel anzusetzen. In nationalen Parlamenten orientieren sich Bürger und Medien an Führern, also Persönlichkeiten wie Regierungschefs, Minister oder Oppositionsführer. Diese Parla-

mente sind nicht gesichtslos, sie haben Köpfe und diese stehen im Blickpunkt der Öffentlichkeit und können medienwirksam argumentieren und diskutieren.

Will die Europäische Union eine bessere Identifikation und Akzeptanz bei ihren Bürgern erreichen, müsste sie konsequenter Weise auf die vorgenannten Befindlichkeiten besser eingehen und für die Zukunft eine ganze Reihe von Problemen lösen, wie die

- Aufstellung von europaweiten Spitzenkandidaten, die das Programm ihrer Partei öffentlichkeitswirksam vertreten;
- Aufhebung der degressiven Proportionalität, also der Stimmengewichtung zu Gunsten kleiner Mitgliedsstaaten bei den Europa-Wahlen, die auch das Bundesverfassungsgericht gerügt hat;
- Aufhebung des Zweiklassenstimmrechts über zu entscheidende EU-Verträge (entweder Volksentscheid für alle oder überall nationale parlamentarische Zustimmung);
- Erweiterungen der EU nur noch nach qualifiziertem Mehrheitsbeschluss durch Volksentscheid, der Bürger muss bestimmen wer, ins Haus Europa einziehen soll;
- Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Volk oder Parlament. An Stelle des Kommissionspräsidenten sollte ein gewählter Präsident der Europäischen Union treten, der auch den Vorsitz im Europäischen Rat innehaben sollte, dadurch Wegfall des halbjährlichen Vorsitzwechsels;
- Abschaffung aller Ausnahmeregelungen für Mitgliedsländer;
- Vereinheitlichung des Steuerrechts;
- Eindämmung der „Regulierungswut“ der Kommission;
- Verkleinerung des Parlamentes und der Mitarbeiterstäbe in den EU-Organisationen, Vereinfachung der Strukturen, so dass für den Normalbürger der Apparat EU endlich überschaubar wird.

Jetzt, nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages, müssen das Endziel und die Grenzen der europäischen Einigung diskutiert werden. Für eine Mitgliedschaft der Türkei muss eine Entscheidung her. Die Aufnahme ist von der Mehrzahl der EU-Bürger nicht gewünscht, weil diese genau erkannt haben, dass dort in punkto Demokratie zwischen Schein und Wirklichkeit erhebliche Defizite bestehen, angefangen von der Missachtung der Menschenrechte gegenüber Kurden und anderen Minderheiten, der Unterdrückung der Frauen sowie der massiven Behinderung christlicher Religionsgemeinschaften. Defizite, deren Beseitigung wohl an den Grundfesten dieses islamisch geprägten Staates rütteln würde. Die bisherige Hinhaltetaktik der Europäer ist falsch. Auch gegenüber der Ukraine und Ländern aus der Schwarzmeerregion sollten keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Ein überdehntes Europa schadet allen und führt zu noch mehr Wahlenthaltungen.

Kann es sich Europa in der Zukunft im Rahmen der immer weiter fortschreitenden Globalisierung noch leisten, in langwierigen Verhandlungen mit seinen 27 Mitgliedsstaaten zu einigermaßen praktikablen Lösungen zu kommen? Sind hier nicht doch auf europäischer Ebene Strukturen fällig, die eine gemeinsame, zielgerichtete Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sicherstellen? Wäre hier der Weg zu einem Bundesstaat Europa nicht eine Lösung, die Europäische Union aus ihrer Lethargie wieder herauszureißen?

Dietmar Möckel



Dietmar Möckel ist Redakteur des ASP-Kuriers und Mitglied im ASP-Bezirksvorstand.

DIE WICHTIGSTEN REGELUNGEN ZUM NEUEN EU-VERTRAG von Lissabon

Mehrheitsentscheidungen

EU-Beschlüsse werden künftig erleichtert, indem in vielen Fällen der Zwang zur Einstimmigkeit entfällt. In Dutzenden neuen Bereichen soll nun eine qualifizierte Mehrheit reichen, um Änderungen herbeizuführen, vor allem bei der polizeilichen und Justiz-Zusammenarbeit. Anders in sensiblen Gebieten wie der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik: Hier gilt weiter das Prinzip der Einstimmigkeit. Auch Regelungen in EU-Verträgen dürfen nur einstimmig geändert werden.

Stimmrechte

Bei Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat gilt künftig das Prinzip der doppelten Mehrheit. Damit kommt ein Beschluss zustande, wenn 55 Prozent der Mitgliedsländer und 65 Prozent der EU-Bevölkerung zustimmen. Aufgrund des polnischen Widerstandes wird diese doppelte Mehrheit erst ab 2014 in Kraft treten. In Streitfällen können sich Staaten außerdem noch bis 2017 auf die Stimmenverteilung des Nizza-Vertrages berufen und über die so genannte Joanina-Klausel den Aufschub einer Entscheidung fordern.

Außenpolitik

Die EU bekommt einen „Hohen Repräsentanten der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“, der mit Rücksicht auf Großbritannien nicht „Außenminister“ heißen darf. In seinem Amt werden die Funktionen des bisherigen EU-Außenbeauftragten und des EU-Außenkommissars gebündelt. Bisher haben der Spanier Javier Solana und die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner diese Posten inne.

EU-Kommissare

Die EU-Kommission wird verkleinert. Von 2014 an sind in Brüssel nicht mehr alle, sondern abwechselnd nur noch zwei

Drittel der Mitgliedstaaten mit einem Kommissar vertreten. Konkret bedeutet das, dass die Zahl der Kommissionsmitglieder von derzeit 27 auf 15 reduziert wird. Die Mitgliedstaaten benennen dann einen Kommissar im Rotationsprinzip. Den nationalen Parlamenten wird künftig ein größeres Mitspracherecht gegenüber der Kommission eingeräumt. Sie können innerhalb von acht Wochen gegen beabsichtigte Rechtsakte der EU Einspruch erheben, falls sie meinen, dass diese nationale Zuständigkeit verletzen („Gelbe Karte“). Die Kommission muss dann den Entwurf rechtfertigen.

EU-Parlament

Das EU-Parlament wird von 2009 an nur noch 751 statt bisher 785 Sitze umfassen. Außerdem bekommt das EU-Parlament mehr Kompetenzen: Es entscheidet künftig gleichberechtigt mit dem Ministerrat über den EU-Haushalt. Auch in der Justizzusammenarbeit, der inneren Sicherheit und der illegalen Einwanderung soll das EU-Parlament in Zukunft mehr zu sagen haben.

EU-Ratspräsident

Um mehr Kontinuität in die Arbeit der EU zu bringen, wird die Europäische Union künftig einen ständigen Ratspräsidenten haben. Er soll zweieinhalb Jahre den Europäischen Rat leiten. Damit wird ab 2009 die bisher alle sechs Monate rotierende Präsidentschaft abgeschafft.

Beitritt und Austritt

Beitrittswillige Staaten müssen sich zu den Werten der EU bekennen. Erstmals geregelt wird auch die Möglichkeit, die EU freiwillig wieder zu verlassen. Ausgetretene EU-Mitglieder sollen aber die Chance haben, erneut einen Beitrittsantrag zu stellen.

(Quelle: Spiegel online vom 30. Juni 2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,633389,00.html>)

Für Sie gelesen:

Stefan Kornelius, „Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan“

Die Bundeswehr wird vermehrt kämpfen müssen in Afghanistan. Das ist der deutschen Gesellschaft nur schwer zu vermitteln. Von dieser Beobachtung geht Stefan Kornelius aus und wirft dabei der deutschen Gesellschaft und ihren Politikern Unehrlichkeit, Heucheleien und Beschönigungen vor.

Kornelius kommt bei seiner kritischen Analyse auf alle relevanten Aspekte des Afghanistaneinsatzes zu sprechen, z. B.: Afghanistan, das Land; seine Geschichte, seine Entwicklung bis 2009; die Notwendigkeit, in Afghanistan einzugreifen; Warnung vor einem Sieg der Taliban, was auch Pakistan mit seiner Atomwaffe in die Gewalt der Taliban bringen könnte. Besonders lässt sich der Autor über Deutschlands Rolle in diesem Konflikt aus. Er spricht von Versagen und sieht den Grund dafür in den politischen Vorgaben aus Deutschland, die den Bedürfnissen vor Ort nicht gerecht werden. Kornelius spricht die problematische Oberaufsicht des Parlaments an, bezeichnet die deutschen Volksvertreter als das „am wenigsten zu kalkulierende Element im Af-

ghanistan-Einsatz der Bundeswehr“ (S. 59) und kritisiert auch die Verrechtlichung des Einsatzes. Die Politik habe es bisher nicht verstanden, den Soldaten eine überzeugende politische Begründung für den Einsatz zu geben und sie dadurch auch vor Zweifeln und Gewissensbissen zu bewahren. Ihn ärgert u. a. auch die Indolenz der Deutschen gegenüber dem islamistischen Terror. Am Ende seiner Untersuchung plädiert der Verfasser für mehr umfassende Ehrlichkeit bei allen Überlegungen zur Afghanistanpolitik.

Das im Mai 2009 erschienene Buch ist nach einem halben Jahr immer noch von höchster Aktualität, auch wenn der Bewusstseinsprozess angesichts der sich verschärfenden Problemlage in Afghanistan bei vielen fortgeschritten sein mag. Kornelius provoziert sicherlich durch viele seiner dezidierten Aussagen, besonders wohl auch bei denen, die in der Verantwortung stehen. Dennoch kann man nicht seine Bedenken einfach beiseite wischen. Und nicht zu vergessen: Er hält keineswegs den Afghanistaneinsatz von deutschen und anderen Soldaten für falsch. Im

Gegenteil, wie nur wie wenige andere durchschaut Kornelius die kulturellen, historischen, gesellschaftlichen und machtpolitischen Zusammenhänge. Sein Rat zu mehr umfassender Ehrlichkeit impliziert aber auch, dass auch Deutschland mehr Opferbereitschaft aufbringen muss, wenn der Entscheidungskampf um unsere eigene Wertekultur in Afghanistan nicht verloren gehen soll. Aber: Wie bringt man die deutsche Gesellschaft zu mehr Problemverständnis, zu mehr Opferbereitschaft, damit unsere demokratischen Politiker sich auch trauen, unpopuläre Entscheidungen der Bevölkerung zuzumuten? Oder sollte man besser fragen: Wie bringt man die Politiker dazu, ihren Wählern verantwortungsbewusst und überzeugend klar zu machen, dass an mehr und robusterem Einsatz in Afghanistan kein Weg vorbei geht?

Fred Rautenberg

Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan. Ein Standpunkt von Stefan Kornelius. Edition Körber-Stiftung, Hamburg, (Mai) 2009; €10

Stefan Kornelius ist seit 2000 Leiter des außenpolitischen Ressorts der Süddeutschen Zeitung.



Dorothee Bär beim Sommerfest der Orts-CSU Mellrichstadt. Der Magirus-Deutz-Oldtimer—der Stolz von Besitzer Otto Sum



Dorothee Bär und Ilse Aigner in Ostheim beim Reitturnier



Paul Lehrieder mit Christian Schmidt und Ulrich Bucher in Veitshöchheim

Wahlkampf zum Bundestag in Rhön-Grabfeld — Bad Kissingen Nachmaht



Einer der beiden Infostände der Mellrichstädter am Marktplatz



Dorothee Bär lud ihre Freunde zur Wahl-Nachparty in ihre Heimatgemeinde nach Ebelsbach



Liebenswertes Lächeln: Dr. Wolfgang Schäuble in Bad Neustadt



Vergebliches Warten auf die Kanzlerin in Bad Kissingen — verhindert durch miserables Wetter

Beim zweiten Anlauf kam sie nach Bad Kissingen, von den Besuchern in der Wandelhalle stürmisch gefeiert: Angela Merkel mit Michael Glos und Dorothee Bär — mit großer Medienaufmerksamkeit



Der ASP zu Gast bei der CSU Bad Neustadt

Gemeinsame Unternehmungen geplant –

Norbert Klein und Fred Rautenberg hatten den Kontakt vorbereitet

Bad Neustadt/Saale. „Wir werden etwas Gemeinsames machen!“ Das war die feste Absicht von Petra Bieber, der Vorsitzenden des CSU-Ortsvorstands von Bad Neustadt, und von Ulrich Bucher, dem ASP-Vorsitzenden für Unterfranken, als sie sich am 10. September in Bad Neustadt im Café Elbert trafen. Dem Treffen war eine Vorstandssitzung des CSU-Ortsverbands unmittelbar vorausgegangen.

Frau Bieber entwickelte auch gleich eine konkrete Idee, wie das Gemeinsame aussehen wird: Im Rahmen eines Federweißen-Abends oder -Frühstüppchens wollen der CSU-Ortsverband und der ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld eine gemeinsame Vortrags- und Diskussionsveranstaltung organisieren.

Bevor diese Dinge vereinbart wurden, hatte Fred Rautenberg vom ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld ein Referat zum Thema „Unruhiger Iran“ gehalten, um zu zeigen, wie sein Verband in Rhön-Grabfeld u. a. seine Arbeit praktisch gestaltet.

Erweiterte Themenpalette des ASP – namhafte Mitglieder

Er stellte in diesem Zusammenhang den ASP vor. Hervorgegangen aus dem ehemaligen Wehr- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis (WPA) hat der ASP nunmehr die Palette der von ihm bearbeiteten Politikfelder über die Außen- und Sicherheitspolitik auch auf die Europa- und Entwicklungspolitik ausgedehnt. Besonders durch seine von Experten besetzten Fachausschüsse erarbeitet der ASP Positionspapiere und unterstützt die CSU und somit auch die bayerische Staatsregierung. Zu den namhaften Mitgliedern dieser in Deutschland einmaligen Unterorganisation einer Partei zählen der Karl-Theodor zu Guttenberg, der Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister Christian Schmidt (er ist auch der ASP-Landesvorsitzende), die stellvertretende Generalsekretärin der CSU Dorothee Bär (MdB und stellvertretende ASP-Landesvorsitzende), die Europaabgeordnete Markus Ferber und Dr. Anja Weisgerber, der (inzwischen zurückgetretene) Staatssekretär im bayerischen Innenministerium Dr. Bernd Weiß und viele andere Mandatsträger auf Bezirks- und Lokalebene.

ASP-Arbeit im Landkreis Rhön-Grabfeld

Zur Arbeit im Landkreis erläuterte Rautenberg, dass sich der hiesige ASP etwa viermal im Jahr zu einem Dämmerschoppen für seine Mitglieder und für die interessierte Öffentlichkeit trifft. Dabei soll im lockeren Gespräch ein politisches Thema diskutiert werden, und zwar auf der Basis eines einführenden Referats. Dieses wird von einem der ASP-Mitglieder vorbereitet und präsentiert. Der Vortragende erhebt dabei keineswegs den Anspruch, ein Experte zu sein, aber er trägt doch eine Menge an Informationen und Fakten zum gewählten Rahmenthema zusammen, so dass die anschließende Diskussion auf einem soliden Kenntnisfundament stattfinden kann.

Weitere Elemente der ASP-Arbeit hier vor Ort sind die Experten-Vorträge, die von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt werden, natürlich auch die regelmäßigen Arbeitstreffen des



Der ASP-Bezirksvorsitzende Ulrich Bucher im Gespräch mit den Mitgliedern des CSU-Ortsvorstands von Bad Neustadt

Vorstands, die Unterstützung der CSU besonders auf lokaler und Kreis-Ebene (z. B. auch im Wahlkampf), Teilnahme an Vortragsveranstaltungen anderer Organisationen (wie z. B. an den Nürnberger Sicherheitstagen im vergangenen Juni), deren Ergebnisse z. T. sehr ausführlich an die Mitglieder weiter gegeben werden.

Der ASP-Kurier – das Organ des ASP Unterfranken

Und natürlich gehört auch das Mitwirken auf ASP-Bezirks- und Landesebene dazu. Nicht zu vergessen ist auch der ASP-Kurier für den ASP und für alle CSU-

Mitglieder in Unterfranken, dessen leitender Redakteur Fred Rautenberg als Mitglied im Kreisvorstand eine besonders enge Beziehung zwischen dem Magazin und seinem Kreisverband herstellen kann. Durch den ASP-Kurier werden auch die ASP-Landesleitung sowie etliche interessierte CSU-Mitglieder in ganz Bayern mit Informationen aus dem Bezirk Unterfranken und aus Rhön-Grabfeld informiert. Insgesamt erreicht der ASP-Kurier ca. 5100 Adressen, ohne die Leser zu rechnen, denen der ASP-Kurier weitergereicht wird. Auch durch Presseberichte an die lokalen Zeitungen tritt der ASP immer wieder an die Öffentlichkeit und erzielt dadurch eine gewisse Breitenwirkung.

Aufklärung der Öffentlichkeit über globale Probleme

Zweck der Begegnung zwischen den Vertretern des ASP und der Neustädter CSU war damit primär nicht der Iran-Vortrag, sondern die Kontaktaufnahme zwischen den beiden Organisationen. Das entsprach ganz der Absicht von Ulrich Bucher, der als Bezirksvorsitzender des ASP Unterfranken die Begegnung mit anderen Teilorganisationen der CSU im Regierungsbezirk sucht. Er begründete dies damit, dass zwar den Menschen im Land z. B. soziale Probleme enger auf den Nägeln brennen, dass aber auf der globalen Ebene Schicksalsfragen für uns alle aufgeworfen und entschieden werden, die unser Leben genauso und womöglich weiter tragend tangieren als die sich vordrängenden Alltagsprobleme. Darüber die Öffentlichkeit aufzuklären, für diese Probleme zu sensibilisieren und somit auch politisch mündig zu machen sei ein Hauptanliegen des ASP. Bucher bedankte sich auch herzlich dafür, dass Frau Bieber seinem Verband in seiner Person die Möglichkeit gegeben hatte, sich bei der CSU von Bad Neustadt vorstellen zu können.

Eingeleitet hatte diese Begegnung allerdings Norbert Klein vom Ortsverband Brendlorenzen zusammen mit Fred Rautenberg bei einer Begegnung im Rahmen eines Hanns-Seidel-Seminars in Kloster Banz. Frau Bieber nahm von Anfang an mit einem offenen Ohr den Vorschlag von Norbert Klein auf, enger miteinander zusammenzuarbeiten. Und so bot sie den ASP-Vertretern die Möglichkeit, sich einmal bei ihrem Ortsvorstand bekannt zu machen und dabei auch für ihre Sache zu werben. Dies hatte auch gleich Erfolg, denn Norbert Klein ließ sich ein Beitrittsformular geben und wird mit seinem Beitritt das jüngste Mitglied im ASP des Landkreises sein. Über diesen Zugang freuten sich die beiden Vertreter des ASP ganz besonders.

Benedikt Behnke: Kommentar eines Jungwählers**Warum Wählen wichtig ist****Wie mich der Wahlomat wach rüttelte ...**

Vor ein paar Tagen habe ich auf wahlomat.de an einer Art Test teilgenommen.

Mir wurden Fragen betreffs Einstellung und Gesinnung gestellt, man forderte meine Meinung, eine Erwiderung, der ich in Form von Ja, Nein und Neutral nachkommen konnte. Der Test ergründete meine politische Neigung, stellte diese definiert dar, die Fragen drehten sich um Bildung, Gehälter, Steuern und den EU Beitritt der Türkei.

Schließlich errechnete der Wahlomat meine Tendenzen.

Erstaunt kontrollierte ich das Ergebnis, überflog einzelne Erläuterungen und erkannte, dass von mir favorisierte Parteien meine Interessen nur tangierten, vorerst verpönte Parteien lagen hingegen hoch im Kurs ...

Unsicher bedachte ich die Gewichtung, überprüfte meine Antworten und Parteiprogramme, kam ins Grübeln.

Events wie das Kanzlerduell, Wahlveranstaltungen, Vorträge, alle dienen der Persönlichkeitsfindung, werfen Fragen auf. Die Parteien vertreten Meinungen, im Idealfall meine beziehungsweise die des Wählers, tun jene Fragen im Bundestag kund, kämpfen um Anhörung, die Rechte des Einzelnen.

Ihnen gebührt meine Stimme, eine Vollmacht, meinen Stand nach dem Gesetz zu vertreten, ihre Wähler zu repräsentieren. Wählerstimmen beeinflussen die Politik, Wähler sind nicht nur Zuschauer, sondern tragen zum Konsens einer Gesinnung bei,

schmieden sozusagen die Partei, die daraus hervorgehenden Politiker und den Kanzlerkandidaten!

Unweigerlich entsteht eine Sympathie der Wähler für ihre jeweiligen Vertreter, die ihre Ansinnen publizieren.

Ich erinnere mich an Hape Kerkeling alias Horst Schlemmer, der auf Grund von Charisma, unübersehbarer Menschlichkeit und phänomenaler Volksnähe, *direkt dran und knallhart nach-*

gefragt, bereits binnen weniger Tage das Herz der Wähler eroberte, obschon sich sein politisches Programm in "Isch kandidiere!" undurchsichtig, ja geradezu zwielichtig darstellt. Dies charakterisiert einen Großteil der deutschen Jugend, die wie ich unzureichend informiert oder anderweitig interessiert ist.

Allein der Wahlomat, jener jedem freistehende Test, hat mir meine Unwissenheit vor Augen geführt!

Jene Schelte legte den Grundstein, entwand mich meiner Lethargie und definierte, warum Wählen wichtig ist. Es ist notwendig, eigene Interessen zu vertreten, die Initiative zu ergreifen, anstatt bloßes Genörgel über Steuern und Staat verlauten zu lassen!

Bene

16. Sept. 2009

**TV-Duell — ein sportlicher Wettbewerb?****Ein Kommentar von Fred Rautenberg**

Wie haben Sie eigentlich das Fernsehduell zwischen Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier am 13. September empfunden? Haben Sie sich etwa über die Art geärgert, wie das Spektakel von den Fernsehanstalten inszeniert wurde?

Das allerdings könnte man verstehen. Denn was wollten die vier Moderatoren eigentlich? Wollten Sie zur politischen Information der Wähler beitragen, oder wollten sie nicht viel mehr ein politisches „Catch as catch can“ veranstalten? Nur zu dumm, dass die beiden Streithähne, die man in die Arena genötigt hatte, ihre Messer vergessen hatten, mit denen sie sich hätten zerfleischen sollen. Da haben diese doch glatt den Journalisten die Schau gestohlen! Da wollte man einmal dem Publikum ein großes Show-down bieten, in bester Unterhaltungsmannier, ähnlich wie bei einem Boxkampf — wenn man nicht gar anpeilte, einmal selber ein politisches Ereignis herbeizuführen, Politik zu machen, statt immer und ewig nur über politische Ereignisse zu berichten, (was ja nun die ureigentliche Aufgabe des Journalismus wäre). Das scheiterte nun an der Gediegenheit der beiden Vertreter der Politik, und das war für das Fernsehen ein Verlust.

Aber ein Gewinn für unsere Demokratie. Weder Frau Merkel noch Herr Steinmeier sind Schaumschläger oder Populisten, die sich um billiger Effekte willen vor dem Publikum aufplustern und so auf Stimmenfang gehen. Für sie, und da stimmen viele Bundesbürger zu (die Fernsehmoderatoren ausgenommen), ist Politik etwas zu Ernsthaftes, als dass man daraus ein Hauen und Stechen macht, bei dem am Ende beide gerupft dastehen. Wenn es um Entscheidungen geht, die die Zukunft jedes einzelnen Bürgers und unser Land als ganzes betreffen, sind Sachlichkeit, Sachkenntnis, ehrliches Ringen um die beste Lösung der Probleme angesagt, und nicht eine klammheimliche diebische Freude daran, wenn sich Politiker in aller Öffentlichkeit einen Schaukampf liefern. Das Fernsehen hat offenbar mit

Zum Verfasser dieses Kommentars:

Benedikt Behnke ist Schüler des Martin-Pollich-Gymnasiums in Mellrichstadt. Er erwirbt in diesem Jahr sein Abitur. Seine Neigungen gehören nach seinem eigenen Eingeständnis eindeutig den schönen Künsten wie Literatur, Grafik, Musik. Auf all diesen Gebieten ist Benedikt selbst tätig und hat bereits eindrucksvolle Zeugnisse seines Talents abgelegt.

dem Voyeurismus des Publikums gerechnet und sich hierbei verrechnet. Im Vergleich zu dem Duell Merkel-Schröder 2005 wollten über sechs Millionen Zuschauer weniger das Duell sehen. Und dann die Art, wie die Moderatoren vorgegangen sind. Gewisse Felder der Politik scheinen für sie nicht zu existieren oder doch zu vernachlässigen zu sein: Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Bildung-, Entwicklungshilfe-, Minoritäten- und Integrationspolitik usw. Und das, was angesprochen wurde: Haben die Moderatoren wirklich erwartet, von einem der beiden Kontrahenten eine klare Aussage oder gar ein fertiges Konzept vorgelegt zu bekommen? Da müssten die beiden doch, im Journalistenschwulst ausgedrückt, mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn sie das getan hätten.

Unerträglich aber war die Art, wie die Moderatoren den beiden Politikern immer wieder ins Wort fielen. Das hat freilich eine unguete Tradition, wie die Moderatorinnen der TV-Talk-Shows mit einem schiefen, besserwisserischen Lächeln den Befragten eine Antwort suggerieren und das Gespräch so lenken, wie es ihrer ideologischen Grundhaltung entspricht.

Ein Zitat zum Abschluss aus der Zeitung „Der Neue Tag“:

„Wenn es auch keinen eindeutigen Sieger gibt, die Verlierer des TV-Duells stehen fest: die vier Moderatoren. Angesichts deren Fragen können einem Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier leid tun. Oft dümmlich, herablassend und überfordert wirkten die Einlassungen der Fragenden. Statt die Widersprüche zwischen den Politikvorstellungen der Kanzlerin und ihres Herausforderers herauszuarbeiten, war die „Viererbande“ auf der Jagd nach Ausrutschern. Es schien ihr nur darum zu gehen, die Duellanten bloßzustellen. Wie erbärmlich.“ (Alexander Pausch in „Der Neue Tag“ vom 15.09.2009)

Wir gratulieren: Rudolf Büttner – 70 Jahre alt

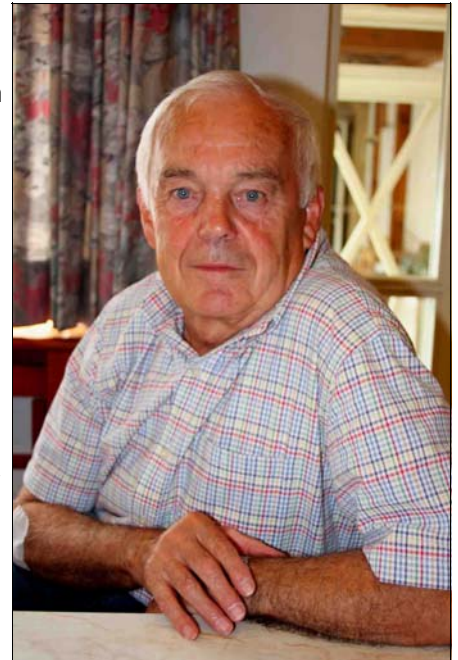
Am 05. Oktober 2009 konnte Rudolf Büttner aus Oberwaldbehungen im Landkreis Rhön-Grabfeld seinen 70. Geburtstag feiern. Seit vier Jahren ist er Mitglied im ASP und seit 2007 auch Beisitzer im Vorstand des ASP-Kreisverbands in diesem Landkreis. Der CSU des Ortsverbands Ostheim v. d. Rhön gehört er seit 1972 an und seit neuestem auch der Seniorenunion Rhön-Grabfeld. 17 Jahre war er auch Mitglied im Vorstand des TSV Oberwaldbehungen.

Rudolf Büttner stammt aus einer bäuerlichen Familie in Oberwaldbehungen. Vom Vater, der viele Jahre der Bürgermeister des Orts war, hat Rudolf Büttner den Sinn fürs Politische erhalten. Nach seiner Schulzeit absolvierte er die Lehre als Bau- und Kunstschlosser, arbeitete dann aber 43 Jahre lang bei der Bad Neustädter Firma Preh als Gruppenleiter im feinmechanischen Werk. Er ist seit 42 Jahren verheiratet, hat drei Kinder (zwei Mädchen und einen Jungen, alle drei inzwi-

schen längst erwachsen), die Rudolf zum zweifachen Opa gemacht haben. Stolz ist er darauf, dass er allen seinen Kindern eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht hat, zweien sogar ein Studium.

Zu Rudolf Büttners Hobbys zählen Wandern, Lesen, das Besichtigen von Städten und das gesellige Beisammensein mit Freunden. Diese, vor allem auch seine politischen Freunde, schätzen an ihm seine Heiterkeit, seine Gelassenheit, seine Zuverlässigkeit und sein Engagement für die Politik der Partei, der er sich vor nunmehr 37 Jahren verschrieben hatte. Für die Zukunft wünscht er sich vor allem gesund zu bleiben, um sich mit seiner Familie und besonders mit auch seiner Frau den „angenehmeren Seiten des Lebens“, wie er sagt, widmen zu können. Sein Motto ist: „Alle Dinge haben zwei Seiten, und ich bewerte mehr die positive Seite.“ Außerdem versucht er als Waage-Mensch ausgleichend und schlichtend bei seinen Mitmenschen zu wirken. Er dankt Gott und seiner Familie dafür, dass er nach einem lebensgefährlichen Unfall vor mehr als 20 Jahren nun wieder weitgehend gesund ist.

Der ASP-Kurier und besonders auch seine Freunde vom ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld wünschen dem Jubilar alles Gute und freuen sich auf hoffentlich noch viele Jahre der Zusammenarbeit.



Af-Pak — die Gefahren werden unterschätzt oder übersehen

Dämmerschoppen beim KV Rhön-Grabfeld

Mellrichstadt. (KVRgf) Der letzte Dämmerschoppen des ASP-Kreisverbands Rhön-Grabfeld in diesem Jahr hatte sich das Thema „Konfliktzone Afghanistan-Pakistan“ vorgenommen. Der Vorsitzende Ulrich Bucher hielt das einleitende Referat dazu.



Bucher begründete die Zusammenschau des Konflikts in den beiden Staaten mit der Gefährdung und Krise durch denselben Feind, die Taliban nämlich. Die willkürlich in britischer Kolonialzeit gezogene Landesgrenze zwischen den beiden Ländern zerschneide künstlich das Siedlungsgebiet der Paschtunen und sei so gut wie gar nicht durch NATO- oder pakistanische Truppen zu kontrollieren. In diesem Grenzgebiet auf pakistanischer Seite aber finden die Taliban ihren Rückzugsraum, von wo aus sie sowohl nach Afghanistan wie nach Pakistan hinein agieren. Ein Sieg der Taliban in Afghanistan müsse aber verhindert werden, weil dann auch deren Sieg in Pakistan zu befürchten ist, wodurch die islamistischen Radikalen in den Besitz der pakistanischen Atomwaffe gelangen könnten. Und dass diese dann auch gegen den Westen eingesetzt werden würde, daran ist kaum zu zweifeln — wie Selbstaussagen von Taliban belegen.

Bucher stellte die beiden Länder auch in Umrissen vor. Die gesellschaftliche Zersplitterung, die undurchsichtige Rolle des pakistanischen Geheimdienstes, Analfabetismus, hohe Geburtenraten, Indoktrination der Jugend durch die Madrassas, Mohnanbau und Korruption lassen wenig Hoffnung auf einen Erfolg der westlichen Truppen zu. Bucher bezeichnete den Konflikt dort dennoch als den zentralen Krieg des neuen Zeitalters, bei dem höchster Einsatz gefordert ist. Aber viele Bürger und wohl auch Politiker in Deutschland haben noch nicht begriffen, was dort auf dem Spiel steht. Ein langer Konflikt stehe jedenfalls bevor.

Termine – Termine – Termine



ASP-Kreisverband Bad Kissingen

- 14.11.09 Vortrag: „Als Militärbeobachter der Vereinten Nationen in der Mission UNMIS im Sudan.“ Referent: Major Lobert von der Infanterieschule. Ort: Infanterieschule, VN-Ausbildungszentrum Hammelburg, Infanteriekasino, Rommelstraße 44. Zeit: 09.00 bis 11.30 Uhr (Anmeldung erforderlich)
- 02.12.09 Adventskonzert des Heeres-Musikkorps 12. Veranstalter: Infanterieschule + Stadt Hammelburg. Ort: Kath. Stadtpfarrkirche, Hammelburg
Beginn: 19.00 Uhr
- 09.12.09 Vortrag: „Neue Großmacht Indien“. Referent: Dr. Siegfried O. Wolf vom Südasiens-Institut, politische Abteilung. Ort: Bildungsstätte Heiligenhof, Alte Euerdorfer Straße 1, Bad Kissingen. Beginn: 19.30 Uhr
- 03.02.10 Vortrag: „Der Islam kommt nach Europa — sind wir vorbereitet?“ Referent: Karsten Polanz, Institut für Islamfragen, Bonn. Ort: Bildungsstätte Heiligenhof, Alte Euerdorfer Straße 1, Bad Kissingen. Beginn: 19.30 Uhr

ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld

- 26.11.09 Vortrag: „Das EG-Mitglied Ungarn“. Referent: OTL a. D. Henning Hofmann. Ort: Hotel Sturm, Mellrichstadt. Beginn: 19.30 Uhr

ASP-Kreisverband Würzburg Stadt / Land

- 03.12.09 Adventliche Kreisvorstandssitzung mit gemeinsamem Abendessen. Ort: Hotel Weißes Lamm, Veitshöchheim, Kirchstraße 24. Beginn: 19.30 Uhr

ASP-Bezirksverband Unterfranken

- 15.12.09 Jahresabschlussitzung des ASP-Bezirksvorstands. Ort: Schloss Saaleck bei Hammelburg. Beginn: 19.30 Uhr

ASP-Landesverband

Nachgehakt:

Ulrich Feldmann, Mitglied im Bezirksvorstand des ASP Unterfranken, hat seinen Worten Taten folgen lassen und eine Aktion zu Ende geführt, die allen Freunden der Bundeswehr gefallen dürfte. Lesen Sie den folgenden kurzen Bericht.

OTL a. D. Ulrich Feldmann organisierte namhafte Spende für das Soldatenhilfswerk der Bundeswehr

Hammelburg. Erinnern Sie sich? Das ASP-Vorstandsmitglied Ulrich Feldmann aus Bad Kissingen hatte anlässlich seines 70. Geburtstags darum gebeten, von Geburtstagsgeschenken für ihn Abstand zu nehmen und statt dessen für das Soldatenhilfswerk der Bundeswehr eine Spende zu entrichten. (Der ASP-Kurier berichtete in der September-Ausgabe 2009 von der Geburtstagsfeier.)



Dieser Appell war bei den zahlreichen Freunden und Besuchern der Geburtstagsfeier nicht ungehört verhallt, und so konnte Feldmann am 22. Juli dem Kommandeur der Infanterieschule in Hammelburg, Brigadegeneral Josef Blotz, einen Scheck über 2200 Euro für das SHW überreichen. Feldmann hatte den Betrag noch auf eine „runde“ Summe aufgestockt.

Sichtlich erfreut nahm der Brigadier die Spende entgegen.

Impressum:

ASP-Kurier

Elektronische Zeitschrift des ASP-Bezirksverbands Unterfranken für die Mitglieder, Freunde und Interessenten des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

Leitender Redakteur und verantwortlich:

Fred Rautenberg

Mitarbeiterstab:

Julian Hertzog,
Dietmar Möckel,
Richard Oswald

Kontakt:

E-Mail:

FRRautenberg@t-online.de

Tel.: 09776 / 5243

Post: Thüringer Straße 24
97638 Mellrichstadt

Bilder, soweit nicht die Quellen-Angabe beigefügt ist, stammen von F. Rautenberg.

Liebe Leser,

möglicherweise liegt Ihnen der ASP-Kurier in ausgedruckter Papierform vor. Wir vom ASP-Kurier sind uns bewusst, dass die graphische Qualität in dieser Form nicht alle Wünsche erfüllt.

Deutlich besser sind Texte, Bilder und Graphiken in der Bildschirm-Ausgabe, für die der ASP-Kurier auch primär gedacht ist. Wenn Sie über eine E-Mail-Adresse verfügen, teilen Sie uns diese doch einfach mit, dann erhalten Sie künftig den ASP-Kurier auf elektronischem Weg.

Ihre Redaktion



Mehr Sicherheit oder mehr Freiheit ist keine Alternative. Wir brauchen mehr Sicherheit für die Freiheit! Dazu wollen wir in Europa und in der Welt einen unseren Interessen entsprechenden Beitrag leisten.

Sie sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken!

Ihr

Christian Schmidt, MdB
Landesvorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CSU

Wer wir sind:

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU ist das Forum der Diskussion für alle an der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik interessierten Bürger.

Der Arbeitskreis gliedert sich in den Landesverband und in die Bezirks- und Kreisverbände.

Was wir bieten:

Der Arbeitskreis organisiert Kongresse, Fachgespräche und Expertenvorträge zu verschiedenen Themen der internationalen Politik.

Der Arbeitskreis bietet die Möglichkeit zur themenbezogenen Mitarbeit in seinen Fachausschüssen:

- Außenpolitik
- Sicherheitspolitik und Bundeswehr
- Europapolitik
- Entwicklungspolitik

Was wir wollen:

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU versteht sich als Impulsgeber und Sprachrohr der CSU in allen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik.

Der Arbeitskreis wirkt an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der CSU und in der Öffentlichkeit maßgeblich mit.

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik setzt sich ein für eine freiheitliche und wehrhafte Demokratie und ein starkes Europa in einer gerechten Weltordnung.

Der Arbeitskreis tritt besonders für die Anliegen der Bundeswehr ein und setzt damit die Arbeit des früheren Wehrpolitischen Arbeitskreises fort.

Vielleicht hat diese ASP-Kurierausgabe Ihnen Mut gemacht, dem Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis beizutreten?

Dafür können Sie diesen Vordruck benutzen.

Ja, ich mache mit!



Antrag auf Mitgliedschaft

Ich erkenne die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Grundsätze und die Satzung der CSU an. Ich gehöre keiner anderen Partei an. Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik.

Adresse (melderechtlicher Hauptwohnsitz)
Name, Vorname, Titel

Beruf

Ortsteil, Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Geburtsdatum

weiblich
 männlich

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Meine Angaben werden vom Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik, der CSU oder deren Beauftragten nur zum Zwecke der Parteiarbeit gespeichert und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verwendet.

Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung für den Jahresbeitrag

Der Jahresbeitrag beträgt nach der Geschäftsordnung derzeit € 5,- im Jahr für CSU-Mitglieder, € 20,- im Jahr für Nicht-CSU-Mitglieder (Stand: 01/2002).

Ich bin damit einverstanden, dass der jeweils gültige Jahresbeitrag bei Fälligkeit von meinem Konto abgebucht wird:

Konto-Nr.

Bank/Sparkasse

in

BLZ

Diese Erklärung gilt bis auf weiteres. Ein jederzeit möglicher Widerruf erfolgt schriftlich.

Datum

Unterschrift

Schicken Sie Ihre Beitrittserklärung an den

Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik

Franz-Josef-Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon 089/1243-249
Telefax 089/1243-307

... oder an die E-Mail-Adresse

asp@csu-bayern.de

Homepage: <http://www.csu.de/arbeitskreis/asp>